

Der Tag

3

Zeitung zum Kongress

der ***moment***



*momentum*10
SOLIDARITÄT

Der Tag
3

Inhalt



WEITER DENKEN

Der Track „Die Zukunft des Wohlfahrtsstaats“ denkt an morgen. Und das nicht ohne Kontroversen.

...mehr auf Seite 4



NEOLIBERALE DEMAGOGINNEN

Die neoliberale Konstruktion des Marktes weist Parallelen zur Denkweise von DemagogInnen auf.

... mehr auf Seite 6



SOLIDARITÄT MIT LINKS?

Robert Misik erzählte „Der Moment“, was für ihn Solidarität bedeutet, und warum er am Kongress teilnimmt.

... mehr auf Seite 7

Moment am Mit

Wissenschaft, Politik, Praxis: W Renate Schnee, der Leiterin de

Der Moment: Der Kongress will kritische Wissenschaft und Politik verbinden. Wie politisch darf Wissenschaft sein?

Blaha: So etwas wie unpolitische Wissenschaft gibt es nicht. Heiner Flassbeck hat uns das für den Bereich der Ökonomie gezeigt: Gerade da geht es um Ideologie. Ein Auftrag von Momentum ist es, die Fama von objektiver Wissenschaft zu hinterfragen.

Der Moment: Welche Rolle soll Politik in der Wissenschaft spielen?

Marterbauer: Es gibt keine werturteilsfreie Wissenschaft. Ich bin überzeugt davon, dass gerade Wirtschaftspolitik wissenschaftsbasiert sein soll. Fortschritte gab es immer dann, wenn es ein wissenschaftliches Fundament gegeben hat. Die 2.000 Experten, die Kreisky bei seinem Parteiprogramm beraten haben, zeigen das. Und wenn man ein Linker ist und deshalb für gerechte Verteilung, kann man das auch offen legen.

Der Moment: Wie weit kann Wissenschaft eine Anleitung für die Praxis geben und wie lässt sich die Theorie umsetzen?

Schnee: Wir müssen die Ergebnisse aus der Forschung kennen und unsere Praxis reflektieren. Nach der Wiener Wahl wurden Gemeindebauten miteinander verglichen: Markant war, dass am Schöpfwerk weit weniger Leute die FPÖ wählten als woanders. Wichtig für die Sozialwissenschaft wäre es, sich in solche Felder einzuklinken und die Erkenntnisse dann in die Politik weiterzuvermitteln.

Es gibt keine werturteilsfreie Wissenschaft

Marterbauer: Die Gefahr ist, dass alle voneinander abgekoppelt arbeiten. Das ist es, was man in den letzten 20 Jahren beobachten konnte. Davor hatten Wissenschaftler politisches Interesse und die Politik hatte Interesse an wissenschaftlicher Fundierung.



Renate Schnee leitet das Wiener Stadtteilzentrum Bassena

tagstisch

Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer, Barbara Blaha und das Wiener Stadtteilzentrum „Bassena“ im Gespräch.



Ein anderer wichtiger Punkt ist, wie PolitikerInnen rekrutiert werden.

Blaha: Ich kann nur für die Sozialdemokratie sprechen. Dort ist das Personal nicht mehr offen genug für Einladungen an Leute aus Wissenschaft oder Praxis. Und das verengt auch die Analyse, wenn ich immer nur mit den Leuten in meinem Büro rede. Ich habe im Übrigen nicht das Gefühl, dass Wissenschaft heute entpolitisiert ist...

Wissenschaft muss sich in Praxisfelder einklinken und die Erkenntnisse an die Politik vermitteln.

Marterbauer: Es muss institutionalisiert werden, dass die Felder miteinander kommunizieren.

Schnee: Das muss horizontal, also politikfeldübergreifend und vertikal, also auf unterschiedlichen Ebenen, passie-

ren, bis in den Gemeindebau hinein.

Der Moment: Was muss über Momentum hinaus geschehen?

Marterbauer: Man muss sich viel mehr um junge WissenschaftlerInnen kümmern. Jetzt ist – gerade in den Wirtschaftswissenschaften – der richtige Zeitpunkt einzugreifen, um die Versäumnisse der letzten 20 Jahre gut zu machen.

Schnee: Wenn man als Sozialarbeiter Kritik, zum Beispiel an der Ökonomisierung des Bereichs, offen ausspricht, ist das oft existenzbedrohend. Wissenschaftler haben die Möglichkeit, Kritik zu üben und sollen das auch tun, das wäre unterstützend.

Der Moment: Werden die Bereiche gegeneinander ausgespielt?

Marterbauer: Ja, das erlebe ich ganz stark. Die Ebenen kapseln sich ab.

Schnee: Anstöße wie Momentum bringen aber was ins Rollen. Es braucht Strukturen und Rahmen, wo sich das fortsetzen kann.

Marterbauer: Wenn wir bei Momentum ansetzen, wäre es wichtig zu schauen, was ist aus denen, die vor drei Jahren referiert haben, geworden?

Schnee: Man könnte fragen: Gibt's Beziehungen, die geknüpft worden sind? Wie geht es nach Momentum weiter?

Blaha: Man merkt über die Jahre, dass der Kongress hineindiffundiert: Jemand erzählt inhaltlich etwas, das er bei Momentum gehört hat. Sozialdemokraten sagen: „Es ist schon wichtig, dass man hinkommt“, und dann trauen sich wirklich ein paar her.

Marterbauer: Das ist ein heikler, aber wichtiger Punkt: Wie kann die politische Ebene inkludiert werden?

Blaha: Das ist heikel, denn ich will kein sozialdemokratisches Schaulaufen. Das ist jedenfalls eine Gratwanderung.

Blaha, Marterbauer und Schnee diskutieren, wie Politik, Wissenschaft & Praxis über Momentum hinaus interagieren können.

Das Stadtteilzentrum Bassena

Im Wiener Gemeindebau am Schöpfwerk, wo immerhin 26 unterschiedliche Erstsprachen gesprochen werden, setzen sich SozialarbeiterInnen für gutes Zusammenleben ein. Sie unterstützen bei der Organisation von Projekten und vermitteln zwischen den BewohnerInnen.

Der Tag
3

Und was wollen wir mo

Progressive mögen den Wohlfahrtsstaat – aber was müssen wir tun, damit er noch bess



Vorwärts, GenossInnen! Nur wohin? Der Track „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ denkt darüber nach.

Gute Schulden, schlechte Schulden

Die Zinsen für die Staatsschulden kommen auf sechs Prozent der Steuereinnahmen Österreichs und übersteigen damit das Schulbudget. Nikolaus Kowall fragt sich, ob der Schuldendienst den Spielraum der Demokratie nicht zu sehr einengt.

„In den neunziger Jahren galt das schwedische Modell als Beleg dafür, dass eine Übersozialisierung in einer globalisierten Ökonomie nicht mehr zu finanzieren sei“, schreiben Joachim Philipp Seiringer und Christian Alexander Belabed in ihrem Beitrag „Wohlfahrtsstaat und Krisen: Fallbeispiel Schweden“. Die Abgaben auf Arbeit sind in Schweden traditionell hoch, die Vermögensbesteuerung ist dagegen schwächer ausgeprägt – ein System, das auf Vollbeschäftigung ausgelegt war. Mitte der 90er Jahre führte die steigende Arbeitslosigkeit in Windeseile zu einem Anstieg der Neuverschuldung auf 13 Prozent des BIP. Der von den schwedischen SozialdemokratInnen daraufhin begonnene Umbau des Wohlfahrtsstaats hat jedenfalls nicht zum erhofften Machterhalt beigetragen – und der Aufstieg des rechtspopulis-

tischen Lagers ist ein weiteres offenes Problem von Schweden heute. Dennoch sind die Umverteilungseffekte durch Sozialtransfers in Schweden weiterhin ausgeprägter als im EU-Schnitt – und Schweden ist immer noch eine der egalitärsten Industrienationen der Welt.

„Linkes Sparen“ – geht das überhaupt?

Mit einem durchaus kontroversen Beitrag konfrontierte Nikolaus Kowall den Track. „Gibt es ein linkes Sparen?“ fragt sich Kowall – und beantwortet die Frage mit einem klaren Ja. „Viele SozialdemokratInnen glauben, eine sozial gerechte Steuerreform sei die Lösung aller Probleme“, argumentiert Kowall. Doch selbst eine ambitionierte Steuerreform bringe zu wenig Mittel,

um alle roten Wünsche nach Investitionen in Bildung, Pflege und Co zu erfüllen und gleichzeitig eine Entlastung niedriger Einkommen zu bringen.

Die steigenden Staatsschulden sieht Kowall kritischer als viele andere Progressive: Schulden hätten eine negative Verteilungswirkung, würden den Finanzmärkten Geld in den Rachen und wären auch demokratiepolitisch fragwürdig: „Mittlerweile übertrifft der Schuldendienst das Schulbudget des Bundes“ – wenn zu viel in der Vergangenheit ausgegeben wurde, bleibe in der Gegenwart zu wenig Spielraum. Kowall spricht sich für die Abschaffung der Sozialversicherungsträger (Kranken- und Pensionsversicherung) und die Zentralisierung auf den Staat, die Abschaffung der Länderverwaltungen, den Abbau von Subventionen für Wirtschaft und den Agrarsektor und eine universale Volkspension mit freiwilliger staatlicher Zusatzpension aus.

Warnung vor „Robotersozialarbeit“

Vor der Ökonomisierung der Sozialarbeit warnt Marianne Gumpinger in ihrem Beitrag „Solidarität als Beruf“. „Die Verbetriebswirtschaftlichung der Sozialen Arbeit zwingt ihr Messparameter auf, die sich gut für Produktionsprozesse eignen mögen, aber ziemlich ungeeignet sind, das Wesentliche eines gelungenen Hilfeprozesses abzubilden“, argumen-

Morgen tun?

Wer wird?

tiert Gumpinger. Sozialarbeit ohne Solidarität reduziere sich auf „Robotersozialarbeit“ ohne menschliches Antlitz.

In seinem Beitrag „Befähigungsstaat und Frühförderstaat als Leitbilder des 21. Jahrhunderts“ unterscheidet Alban Knecht zwischen zwei Politikstilen des Sozialstaats: einem jugend- und eher auf die Zukunft orientierten „Bildungs-Sozialpolitik“-Zugang und einer eher retrospektiv „nachträglich ausgleichenden Sozialpolitik“. Österreich und Deutschland beschreibt Knecht als konservative Wohlfahrtsregime. Dort steht durch die starke Differenzierung von Sozialleistungen eher die Aufrechterhaltung von Klas-

senschränken (auch durch Bildung: mehrgliedriges Schulsystem, Vermittlungsmethoden) als die Armutsbekämpfung im Vordergrund. Der Frühförderstaat könnte als „Investition“ in Kinder verstanden werden.

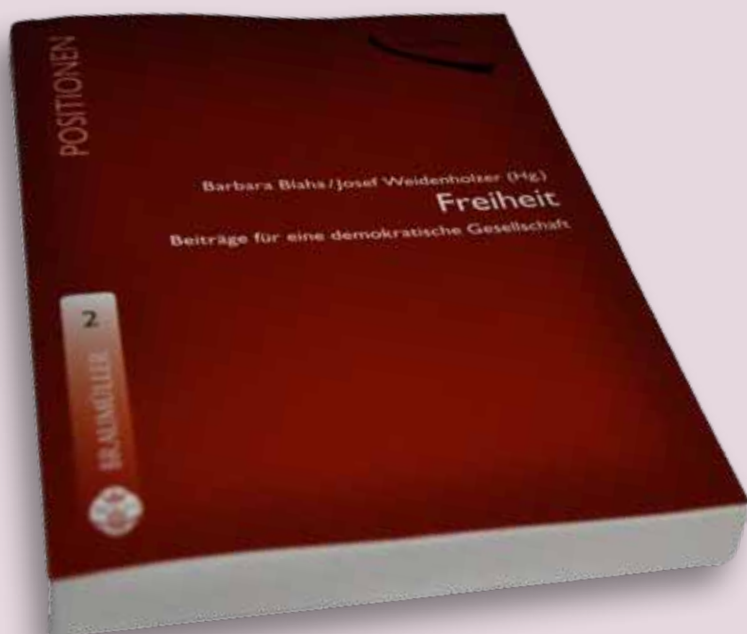
Der Sozialstaat als Bewahrer von Klassenschränken?

Von politischer Seite wird dabei mehr Beweglichkeit und Einsetzbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und damit eine Entlastung der Sozialsysteme erwartet. Ressourcentheoretisch betrachtet, könnte verbesserte Bildung auch psychische, soziale und gesundheitliche



Ressourcen verbessern und vielleicht gar ein emanzipatorisches Projekt darstellen? Auch die Einbeziehung von frauenpolitischen Zielen in ein solches Modell wäre möglich.

DER KONGRESSBAND „FREIHEIT“



Der Kongressband zu momentum09: Freiheit „sammelt Diskussionsbeiträge in all seinen Facetten: von der Demokratie um den Datenschutz über die Immobilienkrise bis hin zum Druck des Marktes auf die Demokratie“, schreibt die Wiener Stadtzeitung Falter. Wir sagen: Liest sich wie ein Krimi.

Barbara Blaha/Josef Weidenholzer (Hg.): Freiheit. Braumüller, 226 Seiten, 26,90 Euro.

Der Tag

3

„Wir“ und „die anderen“

Walter Ötsch vergleicht sprachliche Strategien von DemagogInnen und Neoliberalen - und findet viele Ähnlichkeiten.



Walter Ötsch

„Gefordert wird eine vollständige Assimilation der Gesellschaft in „den Markt“ und gleichzeitig werden immer neue Teile der Gesellschaft als „Feind“ erkannt, weil sie „dem Markt“ noch nicht unterworfen sind. Das Gesamtsystem schlittert so von einer Krise zur nächsten noch größeren Krise. Ein Ende ist nur dann in Sicht, wenn ein anderes Denken kulturell bedeutsam wird und andere soziale Kräfte die globale marktradikale Elite ablösen.“

Das Denken von DemagogInnen beruht auf einer polarisierenden Einteilung der sozialen Welt in zwei Gruppen „wir“ und „die anderen“. Entscheidend dabei ist, dass „die anderen“ keine eigenständige Kategorie sind, sondern nur in Abhängigkeit vom „wir“ konstruiert werden.

Ungewöhnlich sei diese Zweiteilung der sozialen Welt nicht, meint Ötsch, sondern vielmehr menschlich. Demagogisch sei sie aber dann, wenn eine scharfe Abgrenzung zwischen den beiden Kategorien vorgenommen wird, und zwar selbst dann, wenn dies jeglicher empirischen Grundlage entbehrt. „Demagogische Begriffe sind gleichsam mythische Kategorien, sie verletzen Grundregeln wissenschaftlicher Standards“, erläutert Ötsch.

So wird das „wir“ als ausschließlich gut und „die an-

deren“ als ausschließlich böse konstruiert. „Die anderen“ werden zur Gefahr für „uns“, weshalb „wir“ uns gegen „sie“ zu wehren hätten. Folgerichtig stehen diese beiden vermeintlich homogenen Gruppen in einem Kampf gegeneinander, und zwar nicht in irgendeinem Kampf: Es ist ein Kampf zwischen Gut und Böse.

Der böse Nicht-Markt: „Sozialismus“, „Keynesianismus“ oder „der Staat im Allgemeinen“

Dieses grob umrissene Schema legt Ötsch auf den neoliberalen Marktbegriff um. Auch dieser beruhe auf einer dualen Einteilung der Welt, in der das „wir“ bzw. „der Markt“ zur zentralen Bezugsgröße wird. Abgeleitet von dieser als gut definierten Kategorie wird der „böse Nicht-Markt“ konstruiert.

Dieser wird mit den Begriffen Sozialismus, Keynesianismus, Wohlfahrtsstaat oder aber „der Staat“ im Allgemeinen angesprochen. Während mit dem Markt immer positive Begriffe wie „Freiheit“, „Logik“, „Gleichgewicht“ oder „Wissenschaft und System“ verbunden werden, werden dem Nicht-Markt negative Eigenschaften wie „obrigkeitliche Gebote und Verbote“, „Polizeivorschriften“, „Willkür“ oder „Zwang“ zugeschrieben.

Ideal und real

Der Markt wird aber nicht nur als „gut“ konstruiert, sondern zu einer „höheren“ Instanz erklärt. Diese funktioniere als „autonomer Prozess“, unterworfen eigenen „Gesetzen“. Dieses Etwas würde – wenn man es ungehindert wirken lasse – positive Wirkungen für alle bewirken, und zwar nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft. Letztlich könne man ihm die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme überlassen, so Ötsch.

Natürlich stehen Markt und Nicht-Markt miteinander in einem Kampf, in dem „das Gute“ gegen „das Böse“ kämpft. Das „Praktische“ der neoliberalen Argumentation besteht außerdem darin, dass Neoliberale die Vorstellungen vom Markt beliebig einsetzen, mal wird er als Theorie angesprochen, mal wird so getan, als sei die Theorie Realität. Doch obwohl weder die Kategorie „Markt“ noch jene des „Nicht-Marktes“ eindeutige wissenschaftliche Kategorien sind, wird behauptet, es handle sich dabei um unverrückbare Tatsachen. Selbst wenn der Markt versagt, wird dem Nicht-Markt die Schuld zugeschrieben – und zwar selbst dann, wenn sein Versagen wie in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr zu übersehen ist.



Charity, Recht und Eliten

Die Frage „Was ist Solidarität?“ ist nicht in einem Satz beantwortet. Die unterschiedlichen Facetten beleuchtet der gleichnamige Momentum-Track.

„Faszinierend fand ich, dass es bei den Diskussionen immer um grundsätzliche Fragen ging: Was wollen wir erreichen? Was ist Gerechtigkeit? Wie sieht eine solidarische Gesellschaft aus?“ Mit diesen Worten fasst Sabine Jentsch einen grundsätzlichen Eindruck aus dem Track „Was ist Solidarität?“ zusammen.

„Solicharity“ schreibt den Unterschied fest

Konsens habe darüber bestanden, dass Solidarität nicht als „Solicharity“ verstanden werden dürfe. Den inhaltlichen Input dazu lieferte Daniel Lehner: Mit „Solicharity“ werde keine egalitäre Ge-

meinschaft etabliert, sondern die gesellschaftlichen Differenzen vielmehr festgeschrieben: Privilegierte Individuen suchen sich aus, wem sie die von ihnen gesammelten Mittel zukommen lassen, die EmpfängerInnen werden zu Opfern und BittstellerInnen, während die SpenderInnen sich ihrer Humanität rühmen können. Für Lehner müsse „Solidarisch sein“ vielmehr wesentliches Element emanzipatorischer und politischer Praxis sein, wenn diese in der Konfrontation herrschender Ungleichheitsverhältnisse mit Gleichheit bestehe.

Passender Kontrapunkt dazu war der Vortrag von Florian Oppitz, der sich des Themas



„Solidarität als Recht“ an. So werden in der Europäischen Grundrechtecharta unter dem Kapitel „Solidarität“ eine Reihe von Rechten aufgeführt, darunter ArbeitnehmerInnen-Schutz, VerbraucherInnen-Schutz und Umweltschutz.

Was ist Solidarität?

Der Begriff Solidarität stammt aus dem römischen Recht und bezeichnet eine Haftung, bei der alle SchuldnerInnen für die gesamte Schuld haften. Soweit das Lehrbuch. Was Solidarität heute als Begriff tatsächlich bezeichnen soll, darüber diskutieren die TeilnehmerInnen des Tracks seit Freitag.

Da muss man hin

Gestern las Robert Misik aus seinem neuen Buch. „Der Moment“ hat ihn bei seiner Ankunft abgepasst.

Der Moment: Robert Misik, warum bist du hier?

Misik: Weil es ein toller Kongress ist. Ich war schon letztes Jahr da und hab' mir gedacht „Da musst du wieder sein“. Der Kongress ist Kristallisationspunkt für gesellschaftliche Debatten und über das übliche Gejammer hinaus. Er hat den Anspruch, sich in den politischen Prozess einzuklinken, einen Adressaten zu haben

und nicht nur für sich zu stehen. Momentum ist schon ein bisschen zu einem Mythos geworden, viele – auch Leute, die noch nie dabei waren – sagen „das ist toll, da muss man hin“.

Der Moment: Was ist Solidarität für dich?

Misik: Was seit Tagen diskutiert wird, soll ich in drei Sätzen sagen? (lacht) Na gut. Es gibt zwei verschiedene Konzepte

von Solidarität. Erstens die Idee, dass Solidarität die ganze Gesellschaft umfassen soll. Dann stellt sich aber die Frage: Gibt es so etwas oder ist Solidarität historisch nicht nur für eine bestimmte Gruppe, die sich gegen eine andere abgrenzt, umsetzbar? Dieser Ansatz wäre, dass es nicht funktioniert, wenn versucht wird, alle einzuschließen. Damit gehen aber alle Appelle an die Allgemeinheit ins Leere.



Robert Misik

ist Publizist in Wien. Er las gestern aus seinem neuen Buch „Das machen wir mit links – Anleitung zur Weltverbesserung“, das vor kurzem erschienen ist.

Momentum in Zahlen

TeilnehmerInnen **214**

EinwohnerInnen von Hallstadt **900**

Trackarbeitszeit in min **840**

Erschienenene Kongressbände bisher **2**

Diskussionszeit in min (ohne Tracks) **480**

Fußweg zum Rudolfsturm in min **60**

Teilnehmende Frauen **88**

Belegte Hotels/Jugendherbergen **13**

Teilnehmende Männer **126**

Arbeitsstunden des Organisationsteams vor Ort **1200**

Verantwortlich für eh alles

Rebecca Kampl leitet das Organisationsteam von „Momentum“



„Dass Ihr noch so fit seid“, wundert sich Rebecca Kampl über die Zeitungsredaktion, als sie um Mitternacht das Kongressbüro betritt. Dabei ist sie selbst so quirlig, als hätte der Tag gerade erst begonnen. Kampl leitet das Organisationsteam und holt

mal die Kamera, um noch jemanden zu fotografieren, mal den Computer, um noch irgendetwas zu schreiben oder online zu stellen, telefoniert, um organisatorische Probleme zu lösen—eines ist immer gleich: Sie sprüht vor Enthusiasmus.

„Habt ihr die Becci gesehen?“, lautet dann auch eine der am häufigsten gestellten Fragen. Denn so für so ziemlich alles ist sie schließlich auch verantwortlich. Kampl leitet ein Team von mehr als zehn Personen, die großteils ehrenamtlich dazu beitragen, den Kongress am Laufen zu halten: Seien es die VerkäuferInnen hinter den Büchertischen, die Band, die unerschütterlich die Hintergrundmusik fürs Abendessen bestreitet, die MitarbeiterInnen im Organisationsteam, die FotografInnen und FilmerInnen. „Ohne alle diese Personen und ihr Engagement, das großteils im Hintergrund ab-

läuft, wäre Momentum nicht denkbar“, bedankt sich Präsidentin Barbara Blaha. Warum sich Kampl für Momentum engagiert? „Es heißt, die Linke habe keine Ideen. Ich glaube, das stimmt nicht, sondern es gibt nur zu wenig Anlässe, bei denen die Ideen zusammengetragen werden und Diskussionen stattfinden“, meint sie. Der schönste Moment für sie? „Wenn TrackleiterInnen aus dem letzten Jahr selbst ein Paper einreichen, das ist für mich ein extrem gutes Feedback. Der schönste Moment für mich ist jener, wenn sich TeilnehmerInnen mit den Worten „Bis zum nächsten Jahr!“ verabschieden.“

Zum Schluss

Zweierlei bleibt am Ende zu tun: Bilanz ziehen und sich einen Überblick darüber verschaffen, was jetzt aus all den gewonnen Erkenntnissen werden soll. Alex Demirovic, Leonhard Dobusch (Linksreformismus-Kongress) und Kongressinitia-

torin Barbara Blaha diskutieren über Möglichkeiten, Politik und Wissenschaft zu verbinden, um Alternativen für eine solidarische und freie Gesellschaft zu entwickeln.

Kongresshaus, großer Saal, 10:30 Uhr.

Weiterdiskutieren?

Im nächsten Herbst steht mit „Gleichheit“ ein neues Thema im Zentrum des Momentum-Kongresses.

Was gleich bleibt: die Einladung, mit Papers selbst den Fortschritt zu denken und mit Interessierten aus Wis-

senschaft, Politik und Praxis zu diskutieren. Und die Hausübung? Beim nächsten Mal eine/n interessierte/n KollegIn mitnehmen. Den genauen Termin und den Call for Papers finden Sie in Kürze auf www.momentum-kongress.org